

4. / XII. 1915

Die hohen Lebensmittelpreise.

Eine „Vereinsversammlung“ im Arbeiterbezirk Favoriten.

Im Arbeiterheim Favoriten wurde Donnerstag abend eine Vereinsversammlung des Wahlvereins „Vorwärts“ mit Vorträgen über die hohen Lebensmittelpreise abgehalten. Sie war als „allgemein zugänglich“ angekündigt worden und wurde zuerst dieses Versehens wegen verboten. Das Verbot wurde dann aufgehoben. Es mußte aber in der Ankündigung ausdrücklich hervorgehoben werden, daß sie nicht „allgemein zugänglich“, sondern eine Vereinsversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins „Vorwärts“ sei. Diese Sonderbarkeiten sind unsere Genossen und Genossinnen nicht mehr gewohnt, das heißt sie haben schon auf die Wirkungen eines Ausnahmezustandes auf das Versammlungsrecht verzichtet, und die Aenderung in der Ankündigung brachte eine kleine Verwirrung unter ihnen hervor. Viele Vereinsmitglieder glaubten, sie müßten nun besondere Einladungen haben, und da sie solche nicht bekamen, blieben sie der Ver-

ammlung fern. Trotzdem wies der große Saal im Arbeiterheim einen guten Besuch auf, der umso mehr Beachtung verdient, als die Arbeiter in den Betrieben im Bezirk in zwölfstündiger Schicht bis 8 Uhr abends arbeiten, viele von ihnen aber auch durch Nachtschichten von dem Versammlungsbesuch abgehalten werden. Die Frauen bildeten die größere Hälfte der Versammlungsbesucher. Ihre Erregung über die Teuerung kam während der Reden der Genossin Popp und des Genossen Neumann wiederholt zu lautem Ausdruck. Der Vorsitzende Pölzer eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Ansprache, in der er die Bedeutung der Lebensmittelpreise für die arbeitende Bevölkerung hervorhob.

Darauf ergriff

Genossin **Adelheid Popp**

das Wort

Milch sei nicht zu haben, Fleisch sei im Preise derart gestiegen, daß für Arbeiterfamilien die Fleischnahrung unmöglich geworden ist. In einem Züricher Blatte sei die Steigerung der Lebensmittelpreise in den kriegsführenden Staaten prozentuell festgestellt worden. Genossin Popp gibt die Zahlen bekannt, die beweisen, daß in Oesterreich die größten Steigerungen vorgenommen wurden. In stürmischen Zwischenrufen äußerte sich der Unmut der Versammelten über den Lebensmittelmacher, der sich darin ausdrückt. Erst nach geraumer Weile konnte Genossin Popp ihren Vortrag fortsetzen. Sie zeigte durch die Marktberichte, daß die Zufuhr von Rindfleisch in der Grohmarkthalle nicht geringer war als im vorigen Jahre, woraus hervorgehe, wie wenig die hohen Preise, die verlangt werden, gerechtfertigt seien. Die bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung haben versagt. Die staatlichen Unterhaltsbeiträge stellen sich angesichts dieser Teuerung als unzureichend dar. Die Unterhaltsbeiträge zu erhöhen oder aber mindestens die Beiträge für Kinder unter acht Jahren mit den Beiträgen für Kinder über acht Jahre gleichzustellen sei ein Gebot der Notwendigkeit. (Stürmischer Beifall.) Auch ein Säugling kann bei einem Milchpreis bis zu 46 Heller für den Liter nicht mehr mit einem Unterhaltsbeitrag von 44 bis 66 Heller täglich ernährt werden. Die Gleichstellung aller Kinder ist daher notwendig. Die Frauen haben diesen Krieg mit bewunderungswürdigem Opfermut getragen.

Möge die Regierung das Notwendige veranlassen zur Erhöhung der Unterhaltsbeiträge und zur Herabdrückung der Lebensmittelpreise. In diesem Sinne schlug sie der Versammlung eine Entschließung vor, die unter großem, sich immer erneuerndem Beifall angenommen wurde.

Pölzer stellte fest, daß die Versammlung der Entschließung, die auch der Regierung überreicht werden soll, einstimmig beigetreten sei.

Neumann,

der hierauf das Wort nahm, führte aus:

Die Wochenmenge für Oesterreich ist 1960 Gramm Brot oder 1400 Gramm Mehl für einen Bewohner; in Ungarn werden Brot und Weizengebäck ohne Brotkarte abgegeben und die Mehlkarte lautet auf 2800 Gramm in der Woche. Ungarische Großgrundbesitzer verheimlichen ihre Vorräte und von einer Beschlagnahme ist in Ungarn ebensowenig die Rede wie in Oesterreich. Dazu ist die Herausbringung für den Heeresbedarf nicht im Verhältnis zur Bodenproduktion vor sich gegangen. Oesterreich, das weniger erzeugt, mußte in weit höherem Ausmaß den Heeresbedarf decken als Ungarn. Es ist nicht klug, auf die Zivilbevölkerung, die „durchhalten“ soll, so wenig Rücksicht zu nehmen. Man muß ihr das „Durchhalten“,

möglich machen, und beide Regierungen, die Regierung hien und die drüben, müßten alle Tatkräft aufwenden, dem Wucher mit Lebensmitteln ein Ziel zu setzen. Jede Zeitungsnotiz wird sorgfältig auf ihre Wirkung geprüft, nichts wird durchgelassen, was aufreizen könnte, aber die aufreizende Wirkung unerschwinglicher Lebensmittelpreise wird übersehen. Lassen sich Schlachtviehpreise, die noch im vorigen Jahre zur gleichen Zeit auf 120 bis 140 Kronen standen und jetzt auf 330 bis 340 Kronen emporgeschneit sind, noch mit irgend einem Ereignis rechtfertigen? Ist das nicht der ärgste Wucher, der mit den schwersten Strafen geahndet werden sollte? Unsere Regierung hat sich neues Blut eingimpft. Neue Männer sind in das Ministerium eingetreten. Wird diese Auswechslung die Tatkräft erzeugen, dem Wucher mit Lebensmitteln, der geradezu katastrophale Wirkungen hervorbringt, entgegenzutreten? Der neue Handelsminister soll für die Handelsverträge, für den Ausgleich zu wirken berufen sein. Wird der agrarischen Schutzpolitik, der Absperrung vor der Einfuhr, die zum Teil die Ursache dieses furchtbaren Krieges ist, ein Ende gemacht werden?

Die Rede Neumanns löste stürmischen Beifall aus. In ihm und in den Zwischenrufen der Teilnehmer spiegelte die Versammlung die Stimmung der Bevölkerung wider. Hoffentlich wird aus ihr auch die richtige Lehre gezogen.